

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17271

"eJustice weiter vorantreiben!"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17271 vom 20.06.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 106 vom 21.06.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18568 des VF vom 28.09.2017
4. Beschluss des Plenums 17/18760 vom 25.10.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

### eJustice weiter vorantreiben!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt, dass der elektronische Rechtsverkehr in der ordentlichen Gerichtsbarkeit in Verfahren nach der Zivilprozessordnung (ZPO) und dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) in Bayern termingerecht und ohne Verzögerung eingeführt werden soll und dass hierbei die Auffassung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei den Gerichten und die Situation der einzelnen Gerichte berücksichtigt werden. Das Projekt eJustice muss weiterhin erfolgreich vorangetrieben werden und hierfür sichert der Landtag seine Unterstützung zu.
2. Die Staatsregierung wird in diesem Zusammenhang aufgefordert,
  - die elektronische Gerichtsakte in engem zeitlichen Zusammenhang mit dem elektronischen Rechtsverkehr einzuführen (mit entsprechender Ausstattung der Arbeitsplätze),
  - die E-Gerichtssaal-Ausstattung voranzutreiben und dabei auch die Belange der Anwaltschaft zu berücksichtigen (z. B. genügend Steckdosen im Gerichtssaal),
  - den Prozessvertretern einen gesicherten WLAN-Zugang in Gerichtsgebäuden zur Verfügung zu stellen,
  - sich dafür einzusetzen, dass die Teilnahme am elektronischen Rechtsverkehr auch den Bürgerinnen und Bürgern zeitnah ermöglicht wird,
  - alle Gerichte mit einem Glasfaseranschluss auszustatten und das Breitbandförderprogramm so weiterzuentwickeln, dass zeitnah al-

le Haushalte und Kanzleien in Bayern einen schnellen Internetzugang, möglichst per Glasfaseranschluss, erhalten.

### Begründung:

Die Bedeutung der digitalen Medien nimmt in allen Bereichen rasant zu, sei es in der Wirtschaft, in der Verwaltung oder bei den Bürgerinnen und Bürgern. Deshalb ist es wichtig, die weitere Digitalisierung der Abläufe auch bei den Gerichten und Staatsanwaltschaften weiter voranzutreiben. Der Vergleich mit unserem Nachbarland Österreich, das in diesem Bereich sehr fortschrittlich ist, zeigt ganz klar die Vorteile von eJustice auf. In Österreich besteht der elektronische Rechtsverkehr (ERV) bereits seit 1990, derzeit wird die elektronische Akte eingeführt. Seit 2013 gibt es die Möglichkeit der eKommunikation mit der Justiz für alle. Seitdem können auch die Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Bürgerkarte oder per Handysignatur (mit TAN) Klagen einreichen ([www.eingaben.justiz.gv.at](http://www.eingaben.justiz.gv.at)). Im Jahr 2015 gab es 10.000 Teilnehmer am ERV, bei ca. 15,4 Mio. Transaktionen und einer Portoersparnis von ca. 11 Mio. Euro pro Jahr. Ein großer Vorteil der e-Kommunikation ist neben der Kosten- auch die Personal-, und Zeitersparnis sowie die ständige Verfügbarkeit.

Bayern plant die Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs in Umsetzung des E-Justice-Gesetzes im Zeitraum von Februar bis Oktober 2017. Es ist sehr zu begrüßen, dass Bayern damit nicht von der im E-Justice-Gesetz vorgesehenen Opt-out-Möglichkeit Gebrauch macht und sich der Start des ERV dadurch nicht weiter verzögert. Nach der Verordnung über den elektronischen Rechtsverkehr bei den ordentlichen Gerichten erfolgt die Zulassung der elektronischen Kommunikation zunächst in einer ersten Stufe nur für die Einreichung elektronischer Dokumente (Posteingangsbereich) bei den in der Anlage 2 aufgeführten Gerichten ab dem dort für sie angegebenen Datum. Über den Zeitpunkt der Stufe 2, der den elektronischen Ausgang betrifft, können die Gerichte flexibel entscheiden.

Als eigenständige Maßnahme soll auch die elektronische Gerichtsakte eingeführt werden. Ein diesbezügliches Pilotprojekt in Landshut war sehr erfolgreich und fand große Akzeptanz. Seit dem 01.01.2014 war dort der elektronische Rechtsverkehr für die gesamte Zivilabteilung des Landgerichts (LG) Landshut eröffnet, ab dem 01.01.2016 wurde komplett auf die führende

eAkte umgestellt. Die Pilotierung findet nun auch bei weiteren Gerichten statt. Seit dem 27.03.2017 wurde für Verfahren erster Instanz nach der Zivilprozessordnung (ZPO) auch beim LG Regensburg die elektronische Aktenführung angeordnet (vgl. § 14 der E-Rechtsverkehrsverordnung Justiz – ERVV Ju, Anlage 3). Um das Projekt eJustice weiter voranzubringen, muss die eAkte unseres Erachtens im engen zeitlichen Zusammenhang mit dem ERV eingeführt werden. Dabei ist auch eine entsprechende technische Ausstattung der Arbeitsplätze notwendig.

Zudem muss im Zuge der E-Gerichtssaal-Ausstattung auch die erforderliche baulich-technische Infrastruktur in den betroffenen Gerichtssälen geschaffen werden. So beklagen sich viele Anwälte darüber, dass oftmals nicht einmal Steckdosen für ihren Laptop zur Verfügung stehen. Darüber hinaus existiert bislang lediglich beim LG Landshut ein kostenpflichtiger „Hotspot“, der

von allen Besuchern im Gerichtsgebäude genutzt werden kann. Seit 2016 steht für Anwälte, Pressevertreter und den Generalbundesanwalt im Hochsicherheitsgerichtssaal des Oberlandesgerichts München ein öffentlicher WLAN-Zugang kostenfrei zur Verfügung. Es ist geplant, künftig nach den haushaltstrechlichen Möglichkeiten schrittweise Standorte mit für die Nutzer kostenfreiem BayernWLAN auszustatten. Derzeit erfolgt die Abstimmung mit möglichen Pilotstandorten. Für die Anwälte ist es als Organe der Rechtspflege aber dringend erforderlich, flächendeckend an Gerichten einen gesicherten WLAN Zugang zu erhalten. Die Teilnahme am ERV sollte auch alsbald den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht werden. Zudem muss hierfür ein schneller Internetzugang, möglichst per Glasfaseranschluss, bestehen.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Frau Kollegin, beachten Sie bitte die Uhr.

**Claudia Stamm (fraktionslos):** Dieses Spiel mit dem stellvertretenden OB in München ist das Gleiche, als würden Sie sagen: In München sagt der Bürgermeister das, und hier sagt die CSU das.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Bitte kommen Sie zum Ende.

**Claudia Stamm (fraktionslos):** Von daher: Die Ehe für alle muss sein. Das ist einfach eine Frage der Gerechtigkeit.

**Zweite Vizepräsidentin Inge Aures:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit kommen wir jetzt zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt die Ablehnung des Antrages. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Claudia Stamm. Ich bitte, die Gegenstimmen anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Nun komme ich zurück zu den Dringlichkeitsanträgen betreffend Schwimmunterricht. Hier waren wir mit der Aussprache bereits fertig. In der Abstimmung werden die Anträge getrennt. Ich nehme zunächst in einfacher Form die drei Abstimmungen vor und am Schluss die von der CSU beantragte namentliche Abstimmung.

Wir beginnen mit dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/17267 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Frau Stamm, ich habe Ihren Arm nicht gesehen.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos))

– Wie die Opposition. – Gut, damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17283 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄH-

LER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. – Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – SPD-Fraktion. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17284 – das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – SPD-Fraktion, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die CSU-Fraktion. – Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt. Wir kommen damit zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/17285 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion. Für diesen Dringlichkeitsantrag wurde namentliche Abstimmung beantragt. Für die Abstimmung stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.59 bis 20.04 Uhr)

Die Abstimmung ist geschlossen. Die Stimmkarten werden außerhalb des Sitzungssaals ausgezählt. Ich möchte feststellen, dass die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/17268 und 17/17269 sowie 17/17271 bis einschließlich 17/17273 und 17/17286 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen werden.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 10** auf:

**Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Büssinger, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u. a. (SPD)**

**Sanierung des Neuen Schlosses Pappenheim: Offene Fragen klären, korrekte Mittelverwendung sicherstellen. (Drs. 17/16352)**

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit beträgt 24 Minuten. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Schmitt-Büssinger.

**Helga Schmitt-Büssinger (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Der Erhalt und die Sanierung von Denkmälern ist zweifellos eine wichtige Aufgabe, für Privatbesitzer ebenso wie für die öffentliche Hand. Wenn private Denkmäler saniert werden, beteiligt sich die öffentliche Hand immer wieder nicht nur mit Know-how, sondern auch finanziell. Wichtig ist dabei, dass es dafür klare Vorgaben gibt. So wird das Sanierungserfordernis geprüft, ein Sanierungsplan wird erarbeitet, und es gibt eine Sanierungsvereinbarung bzw. einen Vertrag, in dem detailliert festgelegt wird, was in welchem Zeitraum zu sanieren und instandzusetzen ist. Die Kosten werden



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

**des Ausschusses für Verfassung, Recht und  
Parlamentsfragen**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten  
Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a.  
und Fraktion (FREIE WÄHLER)**  
Drs. 17/17271

**eJustice weiter vorantreiben!**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Streibl**  
Mitberichterstatter: **Manuel Westphal**

### **II. Bericht:**

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.

2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 75. Sitzung am 13. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 62. Sitzung am 26. September 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 165. Sitzung am 28. September 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung  
SPD: Zustimmung  
FREIE WÄHLER: Zustimmung  
B90/GRÜ: Zustimmung  
Ablehnung empfohlen.

**Franz Schindler**  
Vorsitzender



## **Beschluss des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/17271, 17/18568

**eJustice weiter vorantreiben!**

**Ablehnung**

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet:** Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 2** auf:

**Abstimmung**

**über eine Verfassungsstreitigkeit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsaordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Ich sehe bei der CSU nur zögerliche Zustimmung. –

(Volkmar Halbleib (SPD): Die sind noch beim geordneten Übergang, Herr Präsident! – Heiterkeit bei der SPD)

Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

**Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Verfassungsstreitigkeit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)**

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses  
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen  
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss  
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss  
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

**Verfassungsstreitigkeit**

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 21. September 2017 (Vf. 15-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 11 Abs. 3, Art. 13 Abs. 1 Nr. 1b, Art. 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3, Art. 16, 17 Abs. 1 Nrn. 3 und 5, Art. 20 Nr. 3 und Art. 21 Abs. 1 Nr. 3 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Bayerischen Staatlichen Polizei (Polizeiaufgabengesetz – PAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. September 1990 (GVBl. S. 397, BayRS 2012-1-1-I), das zuletzt durch § 1 des Gesetzes zur effektiveren Überwachung gefährlicher Personen vom 24. Juli 2017 (GVBl. S. 388) geändert worden ist  
PII-G1310.17-0013  
Drs. 17/18653 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.  
II. Der Antrag ist unbegründet.  
III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU

SPD

FREIE WÄHLER

GRÜ

**Anträge**

2. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Annette Karl,  
Natascha Kohnen u.a. SPD  
Bezahlbaren Wohnraum in Dachgeschossen fördern  
Drs. 17/16021, 17/18581 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,  
Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Für ein gutes Klima: Mehr Energieeffizienz im kommunalen Hochbau  
durch eine sinnvolle Wirtschaftlichkeitsberechnung  
Drs. 17/16667, 17/18589 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl,  
Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bericht zum Fall Franco A.! Sein Doppel Leben als Oberleutnant  
der Bundeswehr und anerkannter Flüchtling im Freistaat Bayern  
und der Verdacht der Planung rechtsextremistischer Terroranschläge.  
Drs. 17/16947, 17/18437 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD  
Kein Glyphosateinsatz zur Ernteerleichterung  
Drs. 17/16976, 17/18453 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Isabell Zacharias, Inge Aures u.a. SPD  
Frauen integrieren Frauen – Fit für den Alltag in Deutschland:  
Flächendeckendes Angebot für Frauen mit Migrationshintergrund schaffen  
Drs. 17/16995, 17/18454 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Angelika Schorer, Eric Beißwenger u.a. CSU  
Teilnahme an Nebenlehrer-Seminarangeboten für Absolventinnen und  
Absolventen eines Studiums der Agrarwissenschaften  
Drs. 17/17080, 17/18455 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Initiative für eine bayerische Weidemilch ergreifen  
Drs. 17/17175, 17/18456 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU  
Mostereien in Bayern  
Drs. 17/17189, 17/18458 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Martin Schöffel, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU  
Zusätzlicher beleuchteter Parkplatz für Polizeikontrollen an der B 303  
Drs. 17/17205, 17/18436 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Erfolgreichen Absolventen von Einstiegsqualifizierungsmaßnahmen die weitere Berufsausbildung ermöglichen  
Drs. 17/17269, 17/18567 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

12. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Peter Meyer u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
eJustice weiter vorantreiben!  
Drs. 17/17271, 17/18568 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)  
Planungssicherheit für Geduldete und Ausbildungsbetriebe in Bayern verbessern  
Drs. 17/17273, 17/18569 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Vom Land in den Mund – mehr bioregio in staatlichen Kantinen, bei Staatsempfängen und Festakten  
Drs. 17/17311, 17/18459 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Mehr neue Hecken und Feldgehölze in der Agrarlandschaft  
Drs. 17/17312, 17/18457 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Volker Bauer, Dr. Florian Herrmann, Oliver Jörg u.a. CSU  
Kleine und mittlere Vereine stärken  
Drs. 17/17448, 17/18435 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> ENTH

17. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Grundschulen in Bewegung I – Dritte Sportstunde in der 1. Klasse  
Drs. 17/17488, 17/18574 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> B

18. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Grundschulen in Bewegung II – Qualität des Schulsports an Grundschulen  
sicherstellen!  
Drs. 17/17489, 17/18573 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/> A	<input type="checkbox"/> B	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

19. Antrag der Abgeordneten Hans-Ulrich Pfaffmann, Diana Stachowitz, Inge Aures u.a. SPD  
EU-Japan-Abkommen darf nicht hinter gesetzte Standards zurückfallen  
Drs. 17/17506, 17/18561 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

20. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bayerische Interessen beim EU-Japan-Abkommen schützen  
Drs. 17/17521, 17/18562 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Nikolaus Kraus u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)  
Bayerische Finanzämter bei der Berechnung der Tarifglättung bei Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft nicht im Regen stehen lassen  
Drs. 17/17549, 17/18588 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Peter Paul Gantzer, Dr. Paul Wengert, Klaus Adelt u.a. SPD  
Konversion von Militärfächern für Kommunen erleichtern  
Drs. 17/17556, 17/18434 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

23. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tobias Reiß, Ingrid Heckner u.a. CSU  
Gewalt gegen Lehrkräfte ist nicht hinnehmbar – Unterstützungs- und Präventionsangebote in den Mittelpunkt rücken  
Drs. 17/17568, 17/18575 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für  
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Innovative Ansätze und Formen in der Pflege durch Investitionskostenzuschüsse fördern  
Drs. 17/17574, 17/18579 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:**  
Votum des federführenden Ausschusses für  
Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>